

Gerhard Schröder in den Fusstapfen Brünings?

Was die Medien derzeit an Wirtschaftsmeldungen über Deutschland verbreiten, sind fast nur noch Negativschlagzeilen: Arbeitslosigkeit über 4 Millionen geklettert; öffentliche Kassen leer; blauer Brief aus Brüssel, weil Stabilitätspakt verletzt; Wirtschaftswachstum seit Jahren weit unter dem europäischen Durchschnitt; Aktien tiefer gefallen als irgendwo sonst; Sozialstaat nicht mehr finanzierbar, aber trotzdem kein Mut zu ernsthaften Reformen; stattdessen hektisches Löcherstopfen mit unaufhaltsam steigenden Steuern und Abgaben; Investitionsklima am Gefrierpunkt, kein Silberstreifen am Horizont.

Die Jahre des Wirtschaftswunders, als Deutschland noch der Inbegriff wirtschaftlicher Dynamik war, sind längst Geschichte. Zwar haben heute auch andere Länder ähnlich gelagerte Probleme. Aber gerade weil Deutschland so lange Europas Vorzeigemodell war, kontrastiert das derzeitige Schlamassel dazu besonders unvorteilhaft. Bundeskanzler Gerhard Schröder muss sich in diesen Tagen einiges anhören. Weit mehr als das Spottlied eines Stimmenimitators hat ihn dabei der Vergleich geärgert, den sein ehemaliger Finanzminister und Intimfeind Oskar Lafontaine zwischen ihm und Heinrich Brüning zog. Brüning war jener glücklose Kanzler, der von 1930 bis 1932 die Wirtschaftskrise der Weimarer Republik mit seiner Deflationspolitik massgeblich verschärfte und so das Elend vergrösserte, das die Menschen scharenweise in die Arme Adolf Hitlers trieb.

Es bedarf keiner tief schürfenden historischen Analyse, um einzusehen, dass dieser Vergleich gewaltig hinkt. Die eine Parallele, auf die Lafontaine anspielte, besteht darin, dass die Finanzpolitik damals wie heute mit Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen darauf reagiert, dass eine Verschlechterung der Konjunkturlage Löcher in die öffentlichen Haushalte reisst. Spätestens seit Keynes wissen wir, dass dies die falsche Strategie ist, weil die Bekämpfung eines Haushaltsdefizits mitten in der Krise die Krise verstärkt. Heute ist es der Europäische Stabilitätspakt, der mit seiner 3%-Regel zu dieser falschen Strategie zwingt und der genau deswegen auch in der Kritik steht. Ironischerweise war es Deutschland, das seinerzeit auf einer möglichst harten Formulierung des Defizitkriteriums bestand und nun von seinem eigenen Stabilitätseifer eingeholt wird.

Dabei ist die Grundidee des Stabilitätspakts, dass man die Schuldenmacher irgendwie disziplinieren muss, nicht unbedingt verkehrt. Deshalb war es von EU-Kommissionspräsident Prodi wenig weise, den Stabilitätspakt ausgerechnet jetzt als «Dummheit» zu brandmarken, da die Bestimmungen zum ersten Mal zu greifen drohen. Für eine Nachbesserung hätte er sich schon lange vorher einsetzen können. Denn die potenziell destabilisierende Wirkung des Stabilitätspakts war ja absehbar. Und wenn gerade Oskar Lafontaine, der als Politiker jedes Problem zwischen Himmel und Erde mit mehr Staat und mehr Nachfrage lösen wollte, eine antizyklische Finanzpolitik anmahnt, dann ist dies etwa so glaubwürdig, wie wenn ein Sumo-Ringer vor den Risiken der Anorexie warnt. Es sind Politiker seines Schlags gewesen, welche die

vernünftigen Einsichten der keynesianischen Theorie als Vorwand für ausufernde Staatsdefizite missbrauchten und damit diese Lehre so in Verruf brachten, dass man sie beim Entwurf des Stabilitätspakts ausser Acht liess – was sich jetzt rächt.

Der Stabilitätspakt sorgt nicht in ausreichendem Mass dafür, dass die Politiker den Haushaltsausgleich mit einem Blick über die Konjunkturzyklen hinweg betreiben. Innerhalb der Zyklen sollten die konjunkturbedingten Einnahmen- und Ausgabenänderungen hingenommen werden, weil dadurch die Ausschläge der Konjunktur gedämpft werden. Diese so genannten automatischen Stabilisatoren wären in der Währungsunion von umso grösserer Bedeutung, als die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank auf die spezifische konjunkturelle Lage jedes einzelnen Landes ja keine Rücksicht nimmt.

Die Verteidiger des Stabilitätspakts entgegnen, man hätte die Staatsfinanzen halt rechtzeitig ins Gleichgewicht bringen müssen, dann wäre jetzt auch der Spielraum für vorübergehende konjunkturbedingte Defizite vorhanden. Dies ist nicht falsch, aber naiv. Von der Politik zu erwarten, dass sie von sich aus in guten Zeiten die Rücklagen bildet, von denen sie in den mageren Jahren zehren kann, ist etwa so aussichtsreich wie von einem Hund zu erwarten, dass er sich einen Korb voll Würste über die Woche hinweg einteilt. Hier könnte ein Stabilitätspakt, der die Wechselwirkungen zwischen Staatsfinanzen und Konjunkturschwankungen berücksichtigt, die richtigen Anreize setzen. Denn ein solcher Pakt würde nicht nur in einem Konjunkturabschwung wie heute grössere Defizite zulassen, sondern bei besserer Konjunktur auch zu mehr Disziplin zwingen. Die Finanzminister könnten sich dann bei munter sprudelnden Steuerquellen nicht in den guten Zahlen sonnen, für die sie gar nichts können, sondern müssten mit konjunkturbereinigten Zahlen beweisen, dass sie auf Stabilitätskurs sind.

Das heutige Deutschland steht im Gegensatz zu 1932 weder konjunkturell noch politisch vor dem Absturz ins Bodenlose, sondern es stagniert auf einem immer noch recht hohen Niveau und kämpft mit den Konsequenzen eines aufgeblähten Umverteilungsstaates, den es sich je länger, desto weniger leisten kann. Daher muss Gerhard Schröder nicht befürchten, dass er dereinst mit Heinrich Brüning in einem Atemzug genannt werden wird. Grösser ist das Risiko, dass er als derjenige in Erinnerung bleiben wird, der einen allseits erkannten Reformstau im Sozial- und Gesundheitswesen wie auch auf dem Arbeitsmarkt vor sich hergeschoben hat, weil er eine Klientel von Besitzstandwahrern, die ihm zu einem knappen Wahlsieg verholfen hat, nicht verärgern will. Noch kann er dieses Image korrigieren. Aber die Zeit wird bereits sehr knapp.